

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Gemeindevertretung

am Freitag, den 06.03.2026 im Saal 1 der Holzbachtalhalle Friedrichsthal

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 22:20 Uhr

Es waren anwesend:

Hammen, Frank, Vorsitzender
Aderhold, Marco
Bachmann, Wolfgang
Bloching, Andreas
Emmerich, Timo
Emmerich, Torben
Engeland, Ingo
Fuß, Patrick
Hansmann, Knut
Hartmann, Norbert
Heiting, Matthias
Herbach, Nicole
Herbach, Nils
Kaspar, Tanja
Keller, Manuel
Knerr, Nicole
Kulisch-Ziemens, Tanja
Dr. Kunz, Torsten
Mony, Heidrun
Dr. Müller, Teja
Pfäfflin, Andrea
Rega, Ingmar
Schumann, Klaus
Dr. Sen-Gupta, Mark
Sommer, Christian
Steinheimer, Cathryn
Steinberg, Erhard
Werminghaus, Björn

Es fehlten entschuldigt:

Saul, Lydia
Schumann, Nora
Willkomm, Katrin
Baum, Ernst, Ortsvorsteher
Etzel, Werner, Beigeordneter

Ortsbeirat:

Dekert, Michael in Vertretung für Baum, Ernst
Buske, Mike
Velte, Stefan
Wied, Gitta

Gemeindevorstand:

Sommer, Gregor, Bürgermeister
Gräfe, Ursula
Matyschik, Oliver
Odenweller, Susanne
Reiter, Matthias
Sitzmann, Dirk, Erster Beigeordneter
Steffen-Jesse, Hans-Joachim
Stenger, Harald

Als Gäste waren anwesend: ca. 10

Schriftführer:

Minet, Volker

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 20.02.2026 unter Mitteilung der Tagesordnung auf Freitag, den 06.03.2026, 20:00 Uhr, in die Mehrzweckhalle Friedrichsthal einberufen.

Tag, Ort und Stunde sowie Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Nach der Zahl der erschienenen Mitglieder war die Gemeindevertretung beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt die Gemeindevertretung Abschied von Herrn Robert Velte. Vorsitzender Hammen informiert, dass Herr Velte am 28.01.2026 im Alter von 93 Jahren verstorben sei. Das politische Wirken von Herrn Robert Velte begann bereits am 26.04.1977 im Ortsbeirat des Ortsteils Wehrheim. Er wurde als Ortsvorsteher gewählt. Ab April 1991 war Herr Robert Velte 12 Jahre lang Mitglied der Gemeindevertretung und hier im Bau- und Verkehrsausschuss sowie im Land- und Forstwirtschaftsausschuss tätig. Im April 1993 wurde Herr Robert Velte ehrenamtlicher Beigeordneter der Gemeinde Wehrheim. Am 18.08.2008 wurde er zum Ehrenbeigeordneter der Gemeinde Wehrheim ernannt. Den Landesehrenbrief erhielt Herr Robert Velte bereits am 28.05.1996. Vorsitzender Hammen bedankt sich im Namen der Gemeinde Wehrheim für die jahrzehntelange, ehrenamtliche Arbeit von R. Velte zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gemeinde Wehrheim.

Tagesordnung:

- 1 **Beschlussfassung über evtl. Einsprüche gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.01.2026****
Es liegen keine Wortmeldungen und Änderungswünsche zum Protokoll vor. Vorsitzender Hammen erklärt vorliegende Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.01.2026 als gebilligt.
- 2 **Benennung von zwei Unterzeichnern des Protokolls der heutigen Sitzung der Gemeindevertretung****
Vorsitzender Hammen benennt GV Dr. Müller und GV Dr. Kunz zu Unterzeichnern der heutigen Sitzung der Gemeindevertretung.
- 3 **Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung****
Vorsitzender Hammen weist auf die sehr schöne und würdevolle Veranstaltung der Bürgerehrung vom 01. März 2026 im Bürgerhaus Wehrheim hin. Er bedankt sich bei allen Besucherinnen und Besuchern.

4 Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Seinen Mitteilungen voranstehend informiert Bürgermeister Sommer aus der Regionalversammlung Südhessen, dass zum Regionalen Flächennutzungsplan (RegFNP) nach der ersten Offenlage innerhalb der ersten Tage bereits 1.400 Einwendungen eingegangen seien. Die Anzahl der Einwendungen könnten eine fünfstellige Zahl erreichen. Nachfolgend trägt Bürgermeister Sommer die Mitteilungen für den Gemeindevorstand vor. Die Mitteilungen sind im Sitzungsdienstprogramm veröffentlicht und liegen den Mitgliedern der Gemeindevertretung somit schriftlich vor.

5 Mitteilungen aus den Ausschüssen, Kommissionen und Verbänden

Ausschussvorsitzender Rega informiert aus der Sitzung des Umwelt-, Land- und Forstwirtschaftsausschuss, dass den Mitglieder die Entwurfsplanung zum Friedhofsgarten auf dem Friedhof Wehrheim präsentiert wurde. Er hebt hervor, dass die Anlage eines Friedhofgartens eine förderfähige Maßnahme sei. Der Friedhofsgarten soll zentral am Hauptweg um die dort stehende Linde entwickelt werden. Es wurden, so der Ausschussvorsitzende, zwei Varianten vorgestellt und man habe sich für die geradlinige Variante, die sich an der schräg gegenüberliegenden Trauerhalle orientiert, entschieden. Diese Variante wirke angepasster und enthalte eine kleine Fläche für eine Trauergemeinde. Die Kosten für beide Varianten liegen bei ca. 109.000,-- € nach Förderung und umfasse eine Fläche von 500 m². Auf der Fläche werde der Biotopwert erhöht. Es gebe derzeit noch keine Ausführungsplanung, die dann in der neuen Legislaturperiode wieder beraten werden müsse.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt, so Ausschussvorsitzender Rega, habe sich der Umwelt-, Land- und Forstwirtschaftsausschuss mit dem Entwurf der Richtlinie für die Errichtung für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen beschäftigt. Hier lag ein Leitfadens und Kriterienkatalog vor, der sich an dem der Gemeinde Weilrod orientierte. Man habe verschiedene Änderungen vorgenommen, die von der Verwaltung aufgenommen und für die Beratungen im Bau- und Verkehrsausschuss zur Verfügung gestellt wurden. Nunmehr werde die Richtlinie zunächst erst wieder von den Fraktionen zugeleitet, um sie danach erneut in den Ausschüssen zu beraten.

Der Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur, so Ausschussvorsitzende Mony, wurde vom Team der Jugendpflege, Herrn Schmidt-Focke sowie Frau Nake über die Jugendzentren und die Arbeit der Jugendvorstände informiert. Einen besonderen Stellenwert nahm das Thema Jugendforum ein. Es wird in Wehrheim versucht, mit den Jugendlichen eine Form der politischen Beteiligung zu erarbeiten. Die Mitglieder, so Ausschussvorsitzende Mony, seien über eine Präsentation in Anlehnung des Projekts der Stadt Friedrichsdorf informiert worden. Die Ausschussmitglieder werden das Projekt Jugendforum unterstützen und positiv begleiten.

Der Haupt- und Finanzausschuss, so Ausschussvorsitzender Dr. Müller, habe sich schwerpunktmäßig mit dem Quartalsbericht befasst. Ausschussvorsitzender Dr. Müller informiert, dass sich die Liquidität der Gemeinde auf ein Minimum reduziert habe. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses haben immer wieder besprochen, welche Einnahmequellen möglicherweise erschlossen werden könnten, allerdings habe man keine substantielle Lösung gefunden. Es sei somit davon auszugehen, so Ausschussvorsitzender Dr. Müller, dass dieses Thema die Mitglieder im neu zusammengesetzten Haupt- und Finanzausschuss in der neuen Legislaturperiode intensiv beschäftigen werde.

6 Anfragen

6.1 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 19.02.2026;
hier: Kleine Anfrage W-LAN

Für die Fraktion der CDU trägt Anfragesteller GV Dr. Müller vorliegende kleine Anfrage vor.

Bürgermeister Sommer übernimmt die Beantwortung der kleinen Anfrage.

Die kleine Anfrage sowie die Beantwortung ist im Sitzungsdienstprogramm der Gemeinde Wehrheim veröffentlicht.

- 6.2 Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 19.02.2026;
hier: Kleine Anfrage zum aktuellen Zustand der Straßen im Gemeindegebiet

Für die Fraktion der FDP trägt Anfragesteller GV Bloching vorliegende kleine Anfrage vor.

Bürgermeister Sommer übernimmt die Beantwortung der kleinen Anfrage.

Die kleine Anfrage sowie die Beantwortung ist im Sitzungsdienstprogramm der Gemeinde Wehrheim veröffentlicht.

- 6.3 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.02.2026;
hier: Kleine Anfrage zur Fassadenrenovierung „Altes Rathaus“

Für die Fraktion Bds90/Die Grünen trägt Anfragesteller GV Dr. Sen-Gupta vorliegende kleine Anfrage vor.

Bürgermeister Sommer übernimmt die Beantwortung der kleinen Anfrage.

Die kleine Anfrage sowie die Beantwortung ist im Sitzungsdienstprogramm der Gemeinde Wehrheim veröffentlicht.

- 6.4 Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 23.02.2026;
hier: Kleine Anfrage zum aktuellen Zustand der Straßen im Gemeindegebiet

Für die Fraktion der SPD trägt Anfragestellerin GV Pfäfflin vorliegende kleine Anfrage vor.

Bürgermeister Sommer übernimmt die Beantwortung der kleinen Anfrage.

Die kleine Anfrage sowie die Beantwortung ist im Sitzungsdienstprogramm der Gemeinde Wehrheim veröffentlicht.

In einer Zusatzfrage möchte GV Pfäfflin in Erfahrung bringen, ob die Gemeinde weiterhin informiert werde.

Bürgermeister Sommer stellt klar, dass man über das Bauvorhaben im Munitionslager keine Informationen erhalten werde. Eine Beteiligungsanfrage sei bislang nicht erfolgt. Er werde versuchen, einen Gesprächstermin über das Bauvorhaben der Bundeswehr zu erhalten.

- 7 Beschlussantrag der CDU-Fraktion vom 18.02.2026: Ausbau des Feldweges auf der westlichen Seite des Westerfelder Weges (Flur 100, Flurstücke 67 bis 73, Gemarkung Wehrheim) unter Bündelung der Finanzmittel des WBV Usingen und der Jagdgenossenschaft Wehrheim**

GV Hartmann trägt vorliegenden Antrag zum Feldweg an der Pumpstation Löwenheck vor. Nach dem Vortrag der Antragsbegründung bittet GV Hartmann, den eigentlich vorliegenden Beschlussantrag in einen Prüfantrag umzuwandeln. Dieser Prüfantrag

wurde allen Fraktionen sowie dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung schriftlich vorgelegt.

Stellungnahme der Fraktionen:

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, so GV Dr. Kunz, sieht des Bau von durchgehend ebenen und wetterfesten, landwirtschaftlichen Wegen als sehr sinnvolle Investition an. Dies entlaste den Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen und komme den Wegnutzerinnen und Wegnutzern zu Gute. Insofern sei die Idee, die Reihenfolge der Befestigung zweier Feldwege zu tauschen, naheliegend. GV Dr. Kunz sieht hier jedoch den Gemeindevorstand in der Pflicht. Die Mitglieder der Gemeindevertretung müssen sich mehr mit grundsätzlichen Themen und Rahmenbedingungen beschäftigen. GV Dr. Kunz stimmt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen vorliegendem Prüfantrag zu.

GV Fuß informiert, dass die Fraktion der SPD dem umformulierten Beschlussantrag zum Prüfantrag zustimmen könne. Er bittet, in die Prüfung aufzunehmen, was man sich unter der Vervollständigung des Ringschlusses des Wegenetzes vorstellen müsse.

GV Pfäfflin fragt an, ob dann nicht mehr auf Mittel der Jagdpacht zurückgegriffen werden müsse, da diese auch für Pflegemaßnahmen verwendet werden. Bürgermeister Sommer wendet ein, dass die Pflegemaßnahmen aus anderen Mitteln der Jagdnutzung finanziert werden.

GV Rega informiert, dass es sich gemäß Prüfantrag insgesamt nur um eine Ersatzmaßnahme handelt, die vor der Herbeiführung des Ringschlusses umgesetzt werden soll. Er bittet die Fraktion der CDU, zu erläutern, was mit der Prüfung einer späteren Asphaltierung des dafür vorbereiteten Weges gemeint sei.

Bürgermeister Sommer erläutert, dass die Wasserleitung verlegt worden sei. Nun müsse die Baufirma den Feldweg wieder instand setzen. In diesem Zusammenhang entstand die Überlegung, ob die Instandsetzung nicht gleich so erfolgen könne, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt asphaltiert werden sollte. Dies begründe sich damit, dass im Haushalt 2026 keine entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Die Verwendung der Mittel aus der Jagdgenossenschaft sei zweckgebunden und auf mehrere Jahre für die Fortführung des Weges am Oberloh vorgesehen. Hierbei handele es sich um eine anteilige Finanzierung, die durch Steuermittel ergänzt werde. Bezogen auf die im Antrag genannten Wege bedeutet dies, dass der Unterbau nach Prüfung so fertiggestellt werden sollte, dass er in einigen Jahren mit einer Asphaltenschicht fertiggestellt werden könnte. Vorliegender Prüfantrag führe somit nicht zu Ausgaben für das Jahr 2026.

Vorsitzender Hammen übergibt die Sitzungsleitung an seine Stellvertreterin Pfäfflin, die ihm daraufhin das Wort erteilt.

GV Hammen informiert, dass die Wegebaumaßnahmen im Zuge des Ausbaues der Umgehungsstraße noch nicht so abgeschlossen werden konnten, wie dies ursprünglich vorgesehen war. So wurde eine Bahnüberführung am „Hesel“ versprochen, die jedoch nicht zur Ausführung kam. Hierbei hätte es sich um die Nord-Süd-Verbindung gehandelt. Die Ost-West-Achse gehe vom Bissenbach über die Schlink, über das Oberloh bis zur Brücke. Diese Wegeführung stehe als „Ringschluss“ des Feldwegenetzes noch aus, da sie nur als wassergebundene Schotterwege vorhanden seien.

Beschluss:

Der Gemeindevorstand wird einstimmig gebeten, zu prüfen, ob der beschädigte Feldweg in der Flur 100, Flurstücke 67 bis 73, auf der westlichen Seite des Westerfelder Weges in Zusammenarbeit mit dem WBV mit einer tragfähigen Unterschicht und einem Durchlass so herzustellen ist, dass darauf eine spätere Asphaltierung vorgenommen werden kann. Damit soll der Verwaltung die nötige Zeit gegeben werden mit den zuständigen Gremien eine einigende Lösung zu finden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

8 **Beschlussantrag der CDU-Fraktion vom 18.02.2026: Errichtung eines Apfellehrpfades in Pfaffenwiesbach**

GV Aderhold trägt für die Fraktion der CDU vorliegenden Antrag über die Errichtung eines Apfellehrpfades vor.

Stellungnahme der Fraktionen:

GV Dr. Kunz informiert, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Idee zur Errichtung eines Apfellehrpfades für Wehrheim mittrage. Es gehe aus vorliegendem Antrag jedoch nicht hervor, welche Wiese im Ortsteil Pfaffenwiesbach hierfür in Frage kommen sollte. Es stelle sich auch die Frage, ob an dieser Stelle überhaupt Parkplätze eingerichtet werden könnten oder ob sich Paten finden und wie hoch die Kosten insgesamt seien. GV Dr. Kunz schlägt daher vor, vorliegenden Beschlussantrag zu einem Prüfantrag umzuformulieren, um Detailfragen klären zu können.

GV Pfäfflin betont, dass auch die SPD aus vorliegendem Beschlussantrag einen Prüfauftrag machen möchte. Für sie kommen nur die Rothwiese und die Große Hardt für einen Apfellehrpfad in Betracht. Bei beiden Wiesenflächen könne sie sich keine Parkmöglichkeiten vorstellen. Sie plädiere dafür, den Ortsteil Wehrheim mit in die Prüfung aufzunehmen, denn hier sei die Schule und sie sehe gerade hier eine höhere Beteiligung für die Anlage eines Apfellehrpfades. Sie warnt abschließend vor einer Überbelastung der ökologisch sehr vielfältigen und wertvollen Obstwiese.

GV Rega betont, dass man gegen einen Apfellehrpfad eigentlich gar nichts haben könne. Es gebe ja schließlich auch schon einen Klimalehrpfad. Er weist darauf hin, dass der letzte Quartalsbericht von einem Finanzmittelbestand von 2.0 Mio. € ausgegangen sei und dieser nunmehr nur noch 150 Tsd. € ausweise. Der Rückgang des Finanzmittelbestandes wurde festgestellt, obwohl man 2.0 Mio. € an Investitionen zurückgestellt habe und darüber hinaus aus dem letzten Jahr noch Investitionsrückstände abgearbeitet werden müssten. GV Rega schlägt vor, vorliegenden Antrag aus finanziellen Gründen in einen Prüfantrag umzuwandeln.

GV Müller informiert, dass Nichts gegen eine Umwandlung in einen Prüfantrag spreche. Auch spreche bei einer Prüfung Nichts gegen eine Ausweitung der Prüfung auf das gesamte Gemeindegebiet. Er bittet allerdings den Gemeindevorstand, ein besonderes Augenmerk auf die Rothwiese zu legen.

Beschluss:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zu prüfen, ob eine im Gemeindeeigentum befindliche Streuobstwiese im Gemeindegebiet zu einem Apfel-Lehrpfad umgestaltet werden kann.

Hierbei sollen konkret folgende Maßnahmen berücksichtigt werden:

- Es wird eruiert, welche im Gemeindeeigentum befindliche Streuobstwiese sich für die Umgestaltung zu einem Apfellehrpfad eignet. Hierbei sollen unter anderem die Zuwegung, die Eignung des Geländes und eventuell vorhandene Parkplatzmöglichkeiten berücksichtigt werden.
- Die auf der Gemeindefläche befindlichen Obstbäume sollen den Bürgerinnen und Bürgern Wehrheims als Obstbaumpatenschaften angeboten werden.
- Die Obstbäume sollen mit Hinweistafeln versehen werden, die Angaben über die Apfelsorte enthalten.
- Auf der Fläche der Streuobstwiese sollen Informationstafeln im Sinne eines Lehrpfades errichtet werden, die Hinweise auf Obstbaumsorten, Geschmack, Erntezeit, Apfelbefruchtertabelle etc. geben sollen.
- Auf dem Gelände der Streuobstwiese soll eine Sitzbankgarnitur zum Verweilen der Bürgerinnen und Bürger errichtet werden.

- Die Fläche könnte mit weiteren traditionellen Apfelsorten verjüngt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

9 **Beschlussantrag der CDU-Fraktion vom 18.02.2026: B456: Nordumgehung und Smarte Verkehrslösung für Pendler**

GV Dr. Müller trägt vorliegenden Antrag zur B 456, der Nordumgehung und Smarte Verkehrslösung für Pendler vor.

Stellungnahme der Fraktionen:

GV Dr. Kunz betont, dass nach Ansicht der Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Abbiegemöglichkeit Wehrheim Nord, Richtung Frankfurt am Main ein Schlüssel für Veränderungen der Verkehrssituationen im Ort Wehrheim darstellen. Er informiert, dass sich der Bau- und Verkehrsausschuss im Oktober 2024 sehr ausführlich mit dem Thema parteiübergreifend beschäftigt habe und hier auch Hessen-Mobil eingeschaltet war. Dabei wurde von Hessen-Mobil signalisiert, dass man Bedenken gegen eine Einfädung von Linksabbiegern Richtung Frankfurt am Main habe. Eine Verkehrszählung sei jedoch niemals als Voraussetzung für Veränderungen an der Ausfahrt Wehrheim Nord gefordert worden und man wisse nicht, was diese koste. GV Dr. Kunz schlägt vor, vorliegenden Antrag in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Beratung zu verweisen oder in einen Prüfungsantrag umzuwandeln.

Für die Fraktion der SPD betont GV Fuß, dass sich alle genannten Punkte als diskussionswürdig darstellen. Es handelt sich jedoch nach Meinung seiner Fraktion um verschiedenen Themen und man stelle daher zur Diskussion, ob man über beide Punkte nicht getrennt abstimmen könnte. Als problematisch sehe die SPD die direkte Beauftragung der Verkehrszählung. Es komme erschwerend hinzu, dass die Einmündung Wehrheim Nord nicht auf Wehrheimer Gemarkung liege. Daher müsse man hier sicherlich noch Fragen klären. Die SPD spreche sich hier für einen Prüfauftrag aus. Zum zweiten Punkt informiert GV Fuß, dass es konkrete Bestrebungen vom Hochtaunuskreis gebe, die bereits Vorschläge zu entsprechenden Verkehrsinformationssystemen haben. Auch aufgrund dieses Sachverhaltes spreche sich seine Fraktion für die Umwandlung des vorliegenden Antrages in einen Prüfungsantrag aus.

GV Bloching informiert, dass der FDP die Mobilität extrem wichtig sei. Gerade der Bereich Wehrheim Nord sowie die Einfädung auf die B 456 sei eine gefährliche Situation, so dass jegliche Form der Verbesserung im Sinne der FDP sei. Ein erster Schritt hierzu sei, so GV Bloching, die Verkehrszählung, um hier belegbare Daten zu erhalten. Auch wenn der Einmündungsbereich nicht auf Wehrheimer Gemarkung liege, sei es doch Verkehr nach und aus Wehrheim. *GV Bloching ergänzt, dass die FDP-Fraktion gerne eine Erweiterung zu vorliegendem Antrag vornehmen würde. Man vertrete die Meinung, dass einige LKW ganz bewusst durch die Ortsmitte Richtung Gewerbegebiet Kappengraben fahren oder Wehrheim, über die Ortsmitte aus dem Gewerbegebiet Kappengraben kommend, wieder verlassen. Daher bittet man die Verkehrszählung auch in Höhe des Rewe vornehmen zu lassen und vorliegenden Antrag dahingehend zu erweitern.*

GV Dr. Müller hat gegenüber der Erweiterung der Fraktion der FDP keine Einwände, vielmehr sollte vorliegender Antrag auch so verstanden werden, dass man den ein- und ausfließenden LKW-Verkehr, der über die Ortsmitte fahre -auch von und nach Pfaffenwiesbach- registrieren wolle, um eine Auskunft über die verkehrliche Belastung der Ortsmitte zu erhalten. Der zweite Teil des Beschlusstextes, so GV Müller, umfasse eigentlich eine Prüfung. Natürlich müsse Alles finanzierbar sein und die Beteiligung anderer Gemeinden müsste sichergestellt werden. Hier gehe es um die Eruiierung, wie im Antragstext dargestellt. Mithin sei hier ein und dieselbe Behörde angesprochen und dies sei der Grund, warum der Antrag nicht in zwei Punkte aufgeteilt sei.

GV Pfäfflin informiert, dass sie dem Antrag nicht zustimmen werde. Sie begründet dies mit nachfolgendem Satz aus der Antragsbegründung: „Diese Situation würde mit der neuen Usinger Umgehungsstraße, dem geplanten Ausbau des Gewerbegebietes Wehrheim Nord (Kappengraben) und einer möglichen Entlastungsspanne für den Verkehr aus Richtung Pfaffenwiesbach nochmal deutlich aggriviert.“

Abschließend bittet Vorsitzender Hammen um **Abstimmung inkl. der Erweiterung der FDP:**

Beschluss:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, in Abstimmung mit Hessen-Mobil eine Verkehrszählung an der Einmündung Usinger Straße/B 456 (Wehrheim Nord) herbeizuführen. Hierbei sollte der Schwerlastverkehr auch unter der Fragestellung gezählt werden, wie viele Großfahrzeuge von der B 456 aus Richtung Bad Homburg v. d. H. nach rechts auf die Usinger Straße, nach Wehrheim abbiegen und wie viele im selben repräsentativen Zeitraum den gegenläufigen Weg befahren, also nach links auf die B 456 abbiegen. **Da einige LKW ganz bewusst durch die Ortsmitte Richtung Gewerbegebiet Kappengraben fahren, oder Wehrheim über die Ortsmitte aus dem Gewerbegebiet Kappengraben kommend wieder verlassen, soll eine Verkehrszählung auch in Höhe des Rewe vorgenommen werden.**

Im Rahmen der Kontaktaufnahme mit Hessen-Mobil möge der Gemeindevorstand auch mögliche smarte Informationslösungen für die Wehrheimer Ein- und Auspendler auf Realisierbarkeit hin überprüfen lassen, um den staugeplagten, automobilen Berufspendlern den situativ günstigeren Arbeits- oder Heimfahrtweg (B 456 oder L 3041) anzuzeigen. Eine überschlägige Kostenrechnung für Anschaffung und Unterhaltung sollte unter Berücksichtigung von verfügbaren Zuschüssen aufgestellt werden. Hierzu wären auch die Nachbargemeinden anzusprechen, deren Pendler auch von einer smarten Lösung profitieren würden.

Beratungsergebnis: 19 Fürstimmen, 9 Gegenstimmen, - Stimmenthaltung

10 Quartalsbericht zum 31.12.2025

Bürgermeister Sommer betont, dass alle Kommunen an die finanzielle Grenze gekommen sind. Es gebe nur noch wenige Kommunen, die in der Lage seien, ihren Haushalt auszugleichen. Die meisten Kommunen müssten ihre Rücklagen verwenden. Die Rücklagen der Gemeinde Wehrheim seien in absehbarer Zeit aufgebraucht. Damit könne man den Haushalt nicht mehr decken. Die investiven Leistungen müssen überprüft und dahingehend hinterfragt werden, ob diese finanzierbar seien. Die Investitionen, so Bürgermeister Sommer, können nur über Kredite finanziert werden. Daraus folge, dass man die Kapitalkosten zu tragen habe. Bürgermeister Sommer bekräftigt, dass sich die finanzielle Lage auch in den kommenden Jahren nicht verbessern werde. Er weist in diesem Zusammenhang auf die nicht weitergeleiteten Einkommensteueranteile hin, um die finanzielle Lage der Kommunen zu verbessern.

Auf Befragen vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung Hammen, informiert Ausschussvorsitzender Dr. Müller, dass die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses den Quartalsbericht ausführlich beraten und diskutiert habe.

Im Anschluss erfolgt ein Austausch zu den Standorten und den Ertragsmöglichkeiten aus der Verpachtung von Flächen für den Betrieb von Windkraftanlagen.

Kenntnisnahme:

Der Quartalsbericht zum 31.12.2025 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: ----

11 Beratung und Beschlussfassung über die Planung zum Ausbau der Bahnhofstraße

Stellungnahme des Gemeindevorstandes:

In seiner Rede hebt Bürgermeister Sommer die Bedeutung der Gestaltung der Bahnhofstraße als meistbefahrene Straße sowie als Ortseinfahrt hervor. Diese Tatsache erfordere Kompromisslösungen, die nach ausführlichen Diskussionen und leider auch unter Druck herbeigeführt werden müssen. Zudem habe man die Frage der Fördermittel zu beachten, die im Haushalt des Hochtaunuskreises zur Verfügung stehen und deren Auszahlung einer Zustimmung zu einer förderfähigen Variante bedarf. Auch für die Verwaltung habe es sich um eine Entwicklung gehandelt, um einen Konsens herauszuarbeiten und diesen entscheidungsfähig vorzubereiten. Es handelte sich hierbei um die Variante 4 a. Dabei seien noch Fragen offen, doch diese Variante erfülle die Voraussetzungen, einen genehmigungsfähigen Förderantrag zu stellen.

Er gibt zu Protokoll, dass sich die aus der Vorplanung ergebenden, verschiedenen offenen Fragen aus den Ausschüssen, in eine erneute parlamentarische Beratung münden. Darüber hinaus gibt er zu Protokoll, dass die Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung der Bahnhofstraße mit einbezogen werden.

Mit Verweis auf die kontrovers und emotional geführten Diskussionen in den Fraktionen und Ausschüssen, betont Bürgermeister Sommer nochmals, dass er sehr froh darüber sei, mit der Variante 4 a einen förderfähigen Konsensvorschlag erarbeitet zu haben und bittet um Zustimmung.

Stellungnahme der Ausschüsse:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss empfiehlt Ausschussvorsitzender Dr. Kunz die Annahme der Variante 4 a.

Der Haupt- und Finanzausschuss, so Ausschussvorsitzender Dr. Müller habe vorliegender Variante 4 a einstimmig zugestimmt.

Stellungnahme des Ortsbeirates:

Ortsvorsteher Velte informiert, dass der Ortsbeirat Wehrheim der Variante 4 a einstimmig zugestimmt habe.

Stellungnahme der Fraktionen:

In seiner Rede macht GV Dr. Müller deutlich, dass nach Beschlussfassung in allen zuständigen Gremien die Planungsvariante 4 a Grundlage für den Ausbau der Bahnhofstraße werde. Planungsvariante 4 a erhielt eine breite Mehrheit in den Gremien, wenngleich die Zustimmung vielfach im Rahmen eines notwendigen Kompromisses erfolgt sei. GV Dr. T. Müller erinnert an die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschuss am 17.12.2025, in der vier Varianten zur Neugestaltung der Bahnhofstraße vorgestellt wurden. Seitens des Hochtaunuskreises sowie von Hessen Mobil wurde jedoch klargestellt, dass ausschließlich Variante 4 (alt) förderfähig sei. Damit bestand faktisch keine echte Wahlmöglichkeit für eine politische Mehrheitsentscheidung.

Die verfügbare Gesamtbreite der Straße und Gehwege von 13,50 m machte Priorisierungen erforderlich. Variante 4 sah weiterhin Parkmöglichkeiten, eine Fahrbahnbreite von 5,50 m mit zusätzlichem, überfahrbarem Dooringsstreifen (0,75 m) auf einer Seite sowie einem 2 m breiten Radfahrstreifen auf der anderen Seite vor. Eine Verkehrszählung aus dem Jahr 2019 ergab, so GV Dr. Müller, dass rund 2,5 Millionen Fahrzeugbewegungen jährlich auf der Bahnhofstraße fahren. Zahlen zum Fahrradverkehr lagen hingegen nicht vor. Ein beauftragtes Verkehrsbüro hatte empfohlen, den Radverkehr bei einer Neugestaltung über parallel verlaufende Straßen zu führen. Diese Option ist auch im weiterhin gültigen Radverkehrskonzept Hochtaunuskreis (2022) als mögliche bzw. teilweise bevorzugte Variante dargestellt. Entsprechende Planungsvarianten wurden jedoch nicht vorgelegt, da hierfür keine Förderfähigkeit in Aussicht gestellt worden sei.

Die CDU-Fraktion betonte wiederholt, so GV Dr. Müller, dass alle Verkehrsarten berücksichtigt werden müssten. Aufgrund der örtlichen Topographie seien jedoch

Abstriche unvermeidlich. Vorrang habe aus Sicht der CDU der kontinuierliche Verkehrsfluss des Pendlerverkehrs, um zusätzliche Belastungen für Anwohner und Berufspendler zu vermeiden. Auch landwirtschaftliche Großfahrzeuge müssten auf der Hauptdurchgangsstraße ausreichend Raum haben.

Eine Anwohnerbefragung aus dem Jahre 2023 der Fraktion der CDU ergab auf der Grundlage von 44 Rückmeldungen eine hohe Wohnzufriedenheit, die mehrheitliche Ablehnung zusätzlicher Baumbepflanzung, eine klare Ablehnung von Radwegen und eine Priorisierung für den Erhalt von Parkplätzen, eine Geschwindigkeitsbegrenzung bzw. verstärkte Verkehrskontrollen

GV Dr. Müller weist weiter darauf hin, dass in den Ausschusssrunden Ende Januar zusätzliche Fragen aufgeworfen wurden. Eine zeitnahe Entscheidung wurde jedoch als alternativlos dargestellt, um Fördermittel nicht zu gefährden. Der Fragenkatalog wurde am 18.02. durch den Gemeindevorstand beantwortet. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde die bislang als förderfähig dargestellte Variante 4 nur noch in einer verschärften Form (Variante 4 neu) mit auf 5 m reduzierter Fahrbahnbreite zur Auswahl gestellt.

In Bewertung der Variante 4 a erläutert GV Dr. Müller, dass diese Variante eine Gehwegbreite von 3 m bzw. 4,5 m sowie eine Fahrbahnbreite von 6 m vorsehe. Dies könne die Sicherheit insbesondere für Schulkinder verbessern. Die Variante könnte jedoch auch Auswirkungen auf die Förderfähigkeit haben, da Gehwege in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede betont GV Müller, dass der Ausbau im Zusammenhang mit der Erneuerung der Frisch- und Abwassernetze stehe und eine Investition in Millionenhöhe langfristige Auswirkungen darstelle.

GV Dr. Müller macht letztlich deutlich, dass sich die Gemeindevertreter mehr Planungszeit sowie einen geringeren Einfluss übergeordneter Behörden gewünscht hätten, obwohl letztlich Variante 4 a als Kompromisslösung akzeptiert wurde. Die Zustimmung erfolge mit ausreichender Mehrheit, jedoch in Teilen mit Vorbehalten.

GV Dr. Kunz betont, dass nach Ansicht der Fraktion Bündnis90/Die Grünen beim Straßenausbau der Bahnhofstraße alle Verkehrsteilnehmer und die Anwohner berücksichtigt werden sollen. Die Bahnhofstraße werde von allen Bürgerinnen und Bürgern finanziert, auch wenn sie in den Ortsteilen wohnen. Die Bahnhofstraße sei, so GV Dr. Kunz, eine Besonderheit und vermittele einen ersten Eindruck von der Gemeinde. Gerade jetzt biete sich die Chance, nicht nur für die Verkehrsteilnehmer etwas Besseres zu machen, sondern auch die Straße attraktiver zu gestalten, die ja das Entrée der Gemeinde sei. In seinen weiteren Ausführungen weist er auf den Multifunktionsstreifen hin, der die Möglichkeit habe, Inseln der Begrünung oder einen Alleencharakter auf der westlichen Seite zu vermitteln. GV Dr. Kunz erläutert nochmals, dass die Bahnhofstraße eine nach Süden gerichtete, breite Straße sei und man als Fußgänger und Pendler zum Bahnhof diese Straße im Sommer nur in der prallen Sonne zurücklegen könne. Eine Verschattung, die die Temperaturen dauerhaft senke, gebe es derzeit nicht. Im Bau- und Verkehrsausschuss wurde die Verschattung auch als politische Frage gesehen, die nicht vollumfänglich von Anwohnern entschieden werden sollte. Die Straße, so GV Dr. Kunz, sei für alle da. Der zwei Richtungs-Fahrradweg sei ein Kompromiss, der in seiner Fraktion zur Diskussion geführt habe. Wer schneller Fahrrad fahre, sei ohnehin nicht verpflichtet, den Fahrradweg zu nutzen, während Kinder jenseits der 10 Jahre, die auf der Straße fahren müssten, eine gute Möglichkeit haben sicher Fahrrad in beide Richtungen fahren zu können.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, so GV Dr. Kunz, sprechen sich für die Variation 4a aus.

Für die Fraktion der SPD erteilt GV Fuß der Variante 4 a die Zustimmung. Natürlich sei die Variante 4 a ein Kompromiss verschiedenster Aspekte, die zu berücksichtigen seien. In der Ausführungsplanung werde es hier noch einige Klärungen zu den verschiedenen Themen geben müssen. Hierzu, so GV Fuß, gehöre auch das Thema der Schneeräumung und eine Verschattung. Auch an die SPD Fraktion sei das Thema der Verschattung herangetragen worden und er erinnert daran, dass es früher einmal Bäume in der Bahnhofstraße gegeben habe. Es handele sich um eine Idee, die Berücksichtigung finden sollte, auch wenn hier die Leitungsführung zu Bedenken gebe. Die Fraktion der SPD, so GV Fuß, erkenne in Variante 4 a den großen Bogen, der für die Mehrheit der Mitglieder der Gemeindevertretung akzeptabel sei und den man im Sinne einer guten Lösung mittragen werde.

Für die Fraktion der FDP stimmt GV Rega der Variante 4 a zu. In seiner Rede betont GV Rega, das mit vorliegender Variante ein Optionsraum geschaffen wurde. Es handele sich hierbei um den Multifunktionsstreifen. Die Verwendung des Multifunktionsstreifens werde zukünftig Thema in der Gemeindevertretung sein. Hier liege die Zusage von Bürgermeister Sommer vor. Darüber hinaus werde, so GV Rega, die Notwendigkeit von Parkräumen aber auch die Themen der Begrünung und der Fußgängerüberwege sowie die Verortung der Bushaltestellen politisch diskutiert. Derzeit liege eine vorläufige Planung mit einem entsprechenden Optionsraum vor. GV Rega erinnert daran, dass es sich beim Ausbau der Bahnhofstraße um eine Durchgangsstraße handelt, von der viele Anwohner betroffen seien, die aber auch das erste Erscheinungsbild für die Gemeinde darstelle.

Beschluss:

Unter Beachtung der mit dem Hochtaunuskreis vom Gemeindevorstand am 12.06.2024 beschlossenen öffentlich rechtlichen Vereinbarung zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Ortsdurchfahrt Bahnhofstraße sowie der von Hessen-Mobil als förderfähig eingestuften Planungsvarianten, beschließt die Gemeindevertretung einstimmig

- die als Variante 4 a beigefügte Vorentwurfsplanung mit
- ca. 35 Parkmöglichkeiten auf westlicher Fahrbahnseite
- Dooringsstreifen für den Radverkehr: 0,75 m
- westlicher Gehweg: Multifunktionsfläche 4,5 m Breite
- östlicher Gehweg: Gehwegbreite 3,0 m gemeinsame Führung von Rad- und Fußverkehr mit Zweirichtungsverkehr – ohne Benutzungspflicht für Radfahrer
- Fahrbahnbreite 6 m

zur Anmeldung für die Förderung für Maßnahmen des Kommunalen Straßenbaus zum 01.06.2026 beim Land Hessen, Hessen Mobil, abschließend vorzubereiten.

Die Gemeindevertretung ist auch weiterhin über den laufenden Planungsstand sowie sich möglicherweise maßgeblich ergebende Planungsänderungen zu informieren, sollte dies hinsichtlich Art und Umfang oder eventuelle Änderungen der Förderfähigkeiten erforderlich werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Niederschrift:

Seite - 12 -

Vorsitzender

GV

GV

Schriftführer